Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2545**
15. Wahlperiode 18. 02. 2004

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 19. August 2002 zwischen den Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation und der Europäischen Weltraumorganisation über den Schutz und den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen

A. Problem und Ziel

Die der Europäischen Weltraumorganisation (EWO/ESA) in jüngerer Zeit übertragenen Aufgaben im Bereich der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen machen es erforderlich, geheimhaltungsbedürftige Informationen und Material zwischen den Vertragsstaaten (einschließlich der von diesen entsprechend beauftragten Wirtschaftsunternehmen) und den Organen und Einrichtungen der EWO/ESA auszutauschen. Dies trifft insbesondere auf die bereits angelaufene Entwicklungsphase des Satellitennavigationsprogramms Galileo zu, des ersten Großprogramms, an dem die Organe der Europäischen Union und EWO/ESA gemeinsam beteiligt sind.

Der Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen setzt ein Rechtsinstrument voraus, das die Basis für gemeinsame, angemessene Geheimschutznormen und -verfahren bildet. Mit diesem Instrument wird ein gemeinsames Schutzniveau für geheimhaltungsbedürftige Informationen innerhalb der Organisation und ihren Vertragsstaaten gewährleistet, zu dessen Wahrung sich die Vertragsstaaten und die EWO/ESA verpflichten. Damit kann jede Vertragspartei darauf vertrauen, dass ihre die EWO/ESA betreffenden Geheimnisse auch innerhalb der Organisation als Ganzes wirksam geschützt werden.

Aus den gemeinsamen Geheimschutznormen und -verfahren ergibt sich die Verpflichtung der Vertragsstaaten, alle ihre Staatsangehörigen einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, die in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher benötigen. Dies schließt auch die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland ein, Beschäftigte deutscher Nationalität bei ESA-Organen und -Einrichtungen, die Zugang zu Informationen des Geheimhaltungsgrades CONFIDENTIAL und höher erhalten sollen, auf Antrag des ESA-Organs einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Die Sicherheitsüberprüfung deutscher Staatsbürger für die ESA wird nach den Vorschriften des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (SÜG) vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Dritten Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrensrechtlicher Vorschriften vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322), durchgeführt.

B. Lösung

Nach dem vorgelegten Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen gemäß Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifizierung des Übereinkommens geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 18. Februar 2004

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

> Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 19. August 2002 zwischen den Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation und der Europäischen Weltraumorganisation über den Schutz und den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 796. Sitzung am 13. Februar 2004 gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen

Entwurf

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 19. August 2002 zwischen den Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation und der Europäischen Weltraumorganisation über den Schutz und den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen

Vom 2003

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 11. Dezember 2002 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 19. August 2002 zwischen den Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation und der Europäischen Weltraumorganisation über den Schutz und den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 10 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Durch die Ausführung des Vertragsgesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da das Übereinkommen den Schutz ausgetauschter geheimhaltungsbedürftiger Informationen auf der Basis der bei den Vertragsstaaten bereits bestehenden Geheimschutzstrukturen und -verfahren gewährleistet.

Übereinkommen zwischen den Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation und der Europäischen Weltraumorganisation über den Schutz und den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen

Agreement between the States Parties to the Convention for the Establishment of a European Space Agency and the European Space Agency for the Protection and the Exchange of classified Information

Accord entre les Etats Parties à la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne et l'Agence spatiale européenne concernant la protection et l'échange d'informations classifiées

The States Parties to the Convention for the establishment of a European Space Agency (ESA) and the European Space Agency, hereinafter referred to as "the Parties";

– considering the Convention for the establishment of a European Space Agency (hereinafter referred to as "the ESA Convention") entered into force on 30 October 1980 and in particular Article III and Article XI.5.m. of this Convention;

– considering Chapter V of the rules on Information, Data and Intellectual Property ESA/C/CLV/Rules 5 (Final) adopted by the Council on 19 December 2001;

– recognising that the activities aimed at achieving co-operation among the Member States in space research and technology and their space applications might require the exchange of classified information and related material among the Parties;

– noting the necessity to ensure an appropriate level of protection of classified information within the Agency and its Member States and the need therefore to set up an appropriate legal instrument, as stated in ESA Council's Resolution on the creation of a Working Group on the Security of Information adopted by the Council under ESA/C/CLI/Res. 8 (final);

Les Etats Parties à la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne (ASE) et l'Agence spatiale européenne, ci-après dénommés «les Parties»,

– vu la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne (ci-après dénommée «la Convention de l'ASE»), entrée en vigueur le 30 octobre 1980, et en particulier l'Article III et l'Article XI.5.m. de ladite Convention;

– vu le Chapitre V du Règlement relatif aux informations, aux données et à la propriété intellectuelle ESA/C/CLV/Rules 5 (Final) adopté par le Conseil le 19 décembre 2001;

– estimant que les activités axées sur la coopération entre les Etats membres dans le domaine de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications pourraient nécessiter l'échange entre les Parties d'informations et de matériels classifiés;

– notant la nécessité d'assurer un niveau adéquat de protection des informations classifiées au sein de l'Agence et de ses Etats membres et d'établir à cet effet un instrument juridique approprié, comme le prévoit la Résolution du Conseil de l'ASE sur la création d'un Groupe de travail sur la sécurité de l'information, adoptée par le Conseil sous la référence ESA/C/CLI/Rés. 8 (Final);

(Übersetzung)

Die Vertragsstaaten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und die Europäische Weltraumorganisation, im Folgenden als „Vertragsparteien" bezeichnet –

in Anbetracht des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (im Folgenden als „ESA-Übereinkommen" bezeichnet), das am 30. Oktober 1980 in Kraft getreten ist, und insbesondere des Artikels III und des Artikels XI Absatz 5 Buchstabe m jenes Übereinkommens;

im Hinblick auf Kapitel V der vom Rat am 19. Dezember 2001 angenommenen Vorschriften über Informationen, Daten und geistiges Eigentum – ESA/C/CLV/Rules 5 (Final);

in der Erkenntnis, dass die auf die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen gerichteten Tätigkeiten den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Materialien zwischen den Vertragsparteien erfordern könnten;

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, ein angemessenes Schutzniveau für geheimhaltungsbedürftige Informationen innerhalb der Organisation und in ihren Mitgliedstaaten zu gewährleisten und zu diesem Zweck ein geeignetes Rechtsinstrument zu schaffen, wie es in der Entschließung des ESA-Rates über die Schaffung einer Arbeitsgruppe für die Sicherheit von Informationen vorgesehen ist, die vom Rat als Dokument ESA/C/CLI/Res. 8 (Final) angenommen wurde –

have agreed as follows:

Article 1

For the purpose of this Agreement, classified information means any information, document or material in whatever form whose unauthorised disclosure could damage the interests of one or more of the Parties and which has been so designated by security classification.

Article 2

The Parties shall:

1. Protect and safeguard according to agreed security principles and minimum standards:

   (a) classified information, marked as such, which is originated by ESA or which is submitted to ESA by a Member State;

   (b) classified information, marked as such, of any Member State, submitted to another Member State in support of an ESA programme, project or contract;

2. Maintain the security classification of information as defined under (1) above and safeguard it accordingly;

3. Use classified information as defined under (1) above only for purposes laid down in the ESA Convention and the decisions and resolutions pertaining to that Convention;

4. Not disclose such information as defined under (1) above to non-ESA Member States or bodies under their jurisdiction or to any other international organisation without the prior written consent of the originator.

Article 3

The Parties shall implement ESA security standards to ensure a common degree of protection for classified information.

Article 4

1. The States Parties shall ensure that all persons of their respective nationality who, in the conduct of their official duties require access, or whose duties or function may afford access to classified information provided for or exchanged under this Agreement are appropriately security

sont convenus de ce qui suit:

Article premier

Aux fins du présent Accord, l'expression «informations classifiées» désigne toute information ou tout document ou matériel, quelle qu'en soit la forme dont la divulgation sans autorisation pourrait léser les intérêts de l'une des Parties ou de plusieurs d'entre elles et qui a été répertorié comme tel dans le cadre de la classification de sécurité.

Article 2

Les Parties:

1. Protègent et sauvegardent, conformément aux principes de sécurité et aux normes minimales approuvées:

   (a) les informations classifiées signalées comme telles qui proviennent de l'ASE ou qui sont présentées à l'ASE par un Etat membre;

   (b) les informations classifiées signalées comme telles provenant de tout Etat membre et présentées à un autre Etat membre en soutien d'un programme, projet ou contrat ASE;

2. Conservent la classification de sécurité des informations définies au point (1) ci-dessus et prennent toute mesure nécessaire pour protéger lesdites informations en conséquence;

3. Utilisent les informations classifiées définies au point (1) ci-dessus uniquement aux fins précisées dans la Convention de l'ASE et dans les décisions et Résolutions relatives à ladite Convention;

4. S'abstiennent de divulguer les informations définies au point (1) ci-dessus à des Etats non-membres de l'ASE ou à des organismes placés sous leur juridiction ou à toute autre organisation internationale sans l'accord écrit préalable de l'autorité émettrice.

Article 3

Les Parties mettent en œuvre les normes de sécurité ASE de manière à assurer un même niveau de protection des informations classifiées.

Article 4

1. Les Etats Parties veillent à ce que tous leurs ressortissants qui doivent ou qui peuvent être amenés, dans l'exercice de leurs fonctions officielles ou du fait de leurs responsabilités, à avoir accès à des informations classifiées communiquées ou échangées au titre du présent Accord

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet „geheimhaltungsbedürftige Informationen“ alle Informationen, Dokumente oder Materialien, gleich, in welcher Form, deren unbefugte Weitergabe den Interessen einer oder mehrerer Vertragsparteien schaden könnte und die durch Einstufung in einen Geheimhaltungsgrad als solche gekennzeichnet sind.

Artikel 2

Die Vertragsparteien

1. schützen und sichern entsprechend den vereinbarten Geheimschutzgrundsätzen und Mindestnormen

   a) als solche gekennzeichnete geheimhaltungsbedürftige Informationen, die von der ESA herausgegeben oder der ESA von einem Mitgliedstaat zur Verfügung gestellt werden;

   b) als solche gekennzeichnete geheimhaltungsbedürftige Informationen jedes Mitgliedstaats, die einem anderen Mitgliedstaat zur Unterstützung eines ESA-Programms, -Vorhabens oder -Vertrags zur Verfügung gestellt werden;

2. behalten den Geheimhaltungsgrad der unter Nummer 1 definierten Informationen bei und sichern sie entsprechend;

3. verwenden die unter Nummer 1 definierten geheimhaltungsbedürftigen Informationen nur für die Zwecke, die im ESA-Übereinkommen und in den zu dem Übereinkommen ergangenen Beschlüssen und Entschließungen niedergelegt sind;

4. geben die unter Nummer 1 definierten Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Herausgebers an nicht der ESA angehörende Staaten, an Organe in deren Hoheitsbereich oder an eine andere internationale Organisation weiter.

Artikel 3

Die Vertragsparteien wenden die ESA-Geheimschutznormen so an, dass ein gemeinsames Schutzniveau für geheimhaltungsbedürftige Informationen gewährleistet wird.

Artikel 4

(1) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass alle ihre Staatsangehörigen, die in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen benötigen, die im Rahmen dieses Übereinkommens zur Verfügung gestellt oder ausgetauscht werden, oder

cleared before they are granted access to such information and material.

2. The Parties shall ensure that access to classified information exchanged under the present agreement shall be authorised only for persons having a need to know for carrying out their duties or missions.

3. Security clearance procedures shall be designed to establish whether an individual can, taking into account his loyalty and trustworthiness, be granted access to classified information.

4. Upon request, each of the States Parties shall co-operate with the other States Parties in carrying out their respective security clearance procedures.

Article 5

The Director General of ESA shall ensure that the relevant provisions of this Agreement are applied in the headquarters, in the establishments and in the other facilities of the Agency.

Article 6

1. The Parties shall investigate all cases where it is acknowledged or suspected that classified information provided or generated under this Agreement has been compromised or lost.

2. Each Party shall inform quickly and thoroughly the others, where necessary, of any details related to the case and of the eventual results of the investigation as well as of any corrective measures taken to prevent the repetition of any such disclosure.

Article 7

In cases where a representative of a Member State or the Director General of ESA or a staff member or an expert of ESA is involved in a legal pursuit regarding the unauthorised disclosure of classified information, the Member State, the Council and the Director General respectively shall, in compliance with Articles XIV.2 and XXI.1 and 2 and XXIV of Annex 1 of the ESA Convention, have the duty to waive the immunity.

Article 8

The present Agreement in no way prevents the Parties from making other Agreements relating to the exchange of classi-

soient dûment habilités avant de leur autoriser l'accès aux informations et matériels de ce type.

2. Les Parties veillent à ce que l'accès aux informations classifiées échangées au titre du présent Accord soit réservé aux personnes qui doivent en avoir connaissance pour l'exécution de leurs fonctions ou de leurs missions.

3. Les procédures d'habilitation sont conçues pour déterminer si une personne peut, au regard de sa loyauté et de son honnêteté, se voir confier l'accès à des informations classifiées.

4. Sur demande, chaque Etat Partie coopère avec les autres dans l'exécution de leurs procédures d'habilitation respectives.

Article 5

Le Directeur général de l'ASE veille à ce que les dispositions pertinentes du présent Accord soient appliquées au Siège, dans les Etablissements et dans les autres installations de l'Agence.

Article 6

1. Les Parties examinent tous les cas où l'on a constaté ou soupçonné l'atteinte à l'intégrité ou la perte d'informations classifiées fournies ou produites au titre du présent Accord.

2. Chaque Partie informe rapidement et exhaustivement les autres Parties, en tant que de besoin, de tout détail lié à l'affaire et des résultats éventuels de l'enquête, ainsi que de toute mesure corrective prise pour éviter la répétition de ce type de divulgation.

Article 7

Si un représentant d'un Etat membre, le Directeur général de l'ASE, un membre du personnel ou un expert de l'ASE est impliqué dans une action en justice concernant la divulgation non autorisée d'informations classifiées, l'Etat membre, le Conseil ou le Directeur général selon le cas est tenu, en application des Articles XIV.2, XXI.1 et 2 et XXIV de l'Annexe I de la Convention de l'ASE, de lever l'immunité.

Article 8

Le présent Accord n'interdit en aucune manière aux Parties de conclure d'autres Accords relatifs à l'échange d'informations

die aufgrund ihrer Aufgaben oder Zuständigkeiten Zugang dazu haben können, in angemessener Weise einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, bevor ihnen der Zugang zu solchen Informationen und Materialien gewährt wird.

(2) Die Vertragsparteien stellen sicher, dass der Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen, die im Rahmen dieses Übereinkommens ausgetauscht werden, nur solchen Personen gestattet wird, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben oder Aufträge Kenntnis haben müssen.

(3) Die Verfahren der Sicherheitsüberprüfung dienen der Feststellung, ob einer Person unter Berücksichtigung ihrer Loyalität und Vertrauenswürdigkeit der Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen gestattet werden kann.

(4) Auf Ersuchen arbeitet jeder der Vertragsstaaten mit den anderen Vertragsstaaten bei der Durchführung der jeweiligen Sicherheitsüberprüfungsverfahren zusammen.

Artikel 5

Der Generaldirektor der ESA stellt sicher, dass die einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens am Sitz, in den Niederlassungen und in den sonstigen Anlagen der Organisation angewandt werden.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien untersuchen alle Fälle, in denen festgestellt wurde oder der Verdacht besteht, dass im Rahmen dieses Übereinkommens zur Verfügung gestellte oder entstandene geheimhaltungsbedürftige Informationen preisgegeben worden oder verloren gegangen sind.

(2) Jede Vertragspartei unterrichtet, soweit erforderlich, die anderen Vertragsparteien umgehend und umfassend über alle den Fall betreffenden Einzelheiten und die vorliegenden Untersuchungsergebnisse sowie über die Abhilfemaßnahmen, die sie getroffen hat, um die Wiederholung einer solchen Preisgabe zu verhüten.

Artikel 7

Ist ein Vertreter eines Mitgliedstaats, der Generaldirektor der ESA oder ein Mitglied des Personals oder Sachverständiger der ESA an einem Gerichtsverfahren betreffend die unbefugte Preisgabe geheimhaltungsbedürftiger Informationen beteiligt, so ist der Mitgliedstaat, der Rat beziehungsweise der Generaldirektor nach Artikel XIV Absatz 2, Artikel XXI Absätze 1 und 2 und Artikel XXIV der Anlage I des ESA-Übereinkommens zur Aufhebung der Immunität verpflichtet.

Artikel 8

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, andere, den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens

fied information originated by them and not affecting the scope of the present Agreement.

classifiées produites par elles et n'affectant pas la portée du présent Accord.

nicht berührende Übereinkünfte über den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen, deren Herausgeber sie sind, zu schließen.

Article 9

1. Each Party may recommend amendments to this Agreement.

2. Any amendment to the present Agreement shall enter into force thirty days after the Government of France has received notification of acceptance from all Parties. The Government of France shall notify all Parties of the date of entry into force of any such amendment.

Article 9

1. Chaque Partie peut recommander des amendements au présents Accord.

2. Tout amendement au présent Accord entre en vigueur trente jours après que le Gouvernement de la France a reçu notification de son acceptation par toutes les Parties. Le Gouvernement de la France notifie à toutes les Parties la date d'entrée en vigueur dudit amendement.

Artikel 9

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens empfehlen.

(2) Jede Änderung dieses Übereinkommens tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Annahme-Notifikationen aller Vertragsparteien bei der französischen Regierung eingegangen sind. Diese notifiziert allen Vertragsparteien den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung.

Article 10

1. This Agreement shall be open for signature by the Parties to the ESA Convention and shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of France.

2. This Agreement shall enter into force thirty days after the date of deposit by two signatory States of their instruments of ratification, acceptance or approval. It shall enter into force for each of other signatory State thirty days after the deposit of its instrument of ratification, acceptance or approval.

Article 10

1. Le présent Accord est ouvert à la signature des Parties à la Convention de l'ASE et est soumis à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès du Gouvernement de la France.

2. Le présent Accord entre en vigueur trente jours après la date de dépôt par deux des Etats signataires de leur instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation. Il entre en vigueur, pour chacun des autres Etats signataires, trente jours après le dépôt de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation.

Artikel 10

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsparteien des ESA-Übereinkommens zur Unterzeichnung auf und bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden sind bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

(2) Dieses Übereinkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem zwei Unterzeichnerstaaten ihre Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde hinterlegt haben. Für jeden anderen Unterzeichnerstaat tritt es dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde in Kraft.

Article 11

1. The accession to this Agreement by any new State Party to the ESA Convention shall be in accordance with Article XXII of the Convention. The Agreement shall enter into force in respect of each acceding State thirty days after the day of the deposit of its instrument of accession.

2. Instruments of accession shall be deposited with the Government of France.

Article 11

1. L'adhésion à cet Accord de tout nouvel Etat Partie à la Convention de l'ASE se fait en conformité avec l'Article XXII de la Convention. L'Accord entre en vigueur, pour chaque Etat adhérent, trente jours après la date de dépôt de son instrument d'adhésion.

2. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Governement de la France.

Artikel 11

(1) Der Beitritt jedes neuen Vertragsstaats des ESA-Übereinkommens zu diesem Übereinkommen erfolgt nach Artikel XXII des ESA-Übereinkommens. Für jeden beitretenden Staat tritt dieses Übereinkommen dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Die Beitrittsurkunden sind bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

Article 12

1. This Agreement may be denounced by written notice by any State Party given to the depository, which shall inform all the other Parties of such notice. Such denunciation shall take effect one year after the receipt of notification by the depository.

2. A State Party denouncing this Agreement shall remain to be bound by its obligation to protect and safeguard classified information to which it has gained access on the basis of this Agreement. The same applies to a State Party to the present Agreement denouncing the ESA Convention in accordance with its Article XXIV or in the case of dissolution of the European Space Agency in accordance with Article XXV of the Convention.

Article 12

1. Le présent Accord peut être dénoncé par notification écrite de tout Etat Partie remise au dépositaire, qui informe toutes les autres Parties de ladite notification. La dénonciation prend effet un an après réception de la notification par le dépositaire.

2. Un Etat Partie qui dénonce le présent Accord demeure tenu de protéger et de sauvegarder les informations classifiées auxquelles il a eu accès au titre du présent Accord. Les mêmes dispositions s'appliquent à un Etat Partie au présent Accord qui dénonce la Convention de l'Agence spatiale européenne aux termes de son Article XXIV ou en cas de dissolution de l'Agence spatiale européenne aux termes de l'Article XXV de la Convention.

Artikel 12

(1) Dieses Übereinkommen kann von jedem Vertragsstaat durch schriftliche Notifikation an den Verwahrer gekündigt werden, der alle anderen Vertragsparteien von dieser Notifikation in Kenntnis setzt. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam.

(2) Ein Vertragsstaat, der dieses Übereinkommen kündigt, bleibt verpflichtet, geheimhaltungsbedürftige Informationen, zu denen er aufgrund dieses Übereinkommens Zugang erhalten hat, zu schützen und zu sichern. Dasselbe gilt für einen Vertragsstaat dieses Übereinkommens, der das ESA-Übereinkommen nach dessen Artikel XXIV kündigt, oder im Fall der Auflösung der Europäischen Weltraumorganisation nach Artikel XXV des ESA-Übereinkommens.

Article 13

The Government of France shall notify ESA and all signatory and acceding States of the deposit of each instrument of ratification, acceptance, approval, accession or denunciation.

In witness whereof the undersigned, duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done in Paris, this 19 day of August 2002, in a single copy in the English and French languages, each text being equally authoritative, which shall be deposited with the Government of France and of which certified copies shall be transmitted by that Government to each of the signatories.

Article 13

Le Gouvernement de la France notifie à l'ASE et à tous les Etats signataires et adhérents le dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation, d'adhésion ou de dénonciation.

En foi de quoi les représentants soussignés, dûment autorisés à cet effet par leur Gouvernement respectif, ont apposé leur signature au bas du présent Accord.

Fait à Paris, le 19 août 2002, en un seul exemplaire en langue anglaise et française, chaque texte faisant également foi, déposé auprès du Gouvernement de la France et dont des copies certifiées seront transmises par ledit Gouvernement à chacun des signataires.

Artikel 13

Die französische Regierung notifiziert der ESA sowie allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten die Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs-, Beitritts- oder Kündigungsurkunde.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 19. August 2002 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; die Urschrift wird bei der französischen Regierung hinterlegt und beglaubigte Abschriften davon werden von dieser Regierung jedem Unterzeichner übermittelt.

Denkschrift zum Übereinkommen

A. Allgemeines

Mit der Übertragung wesentlicher Aufgaben bei der Verwirklichung des Satellitennavigationsprogramms GALILEO wurde der EWO/ESA erstmals die Teilhabe an einem weltraumtechnischen Projekt eröffnet, das auch sicherheitsempfindliche Informationen und Kenntnisse umfasst. Derartige als Verschlusssachen bezeichnete Informationen befinden sich in aller Regel in der Urheberschaft der am GALILEO-Programm beteiligten Unterzeichnerstaaten. Die Herausgeber dieser Informationen sind verpflichtet sicherzustellen, dass derartige, im staatlichen Interesse geheim zu haltende Informationen und Kenntnisse nur weitergegeben werden dürfen, wenn ein adäquater Schutz bei den Empfängern gewährleistet ist. Bisher besaß die EWO/ESA als Organisation kein Geheimschutzsystem. Das nunmehr unterzeichnete Übereinkommen vom 19. August 2002 verpflichtet die EWO/ESA, ein solches, den Geheimschutzsystemen der Vertragsstaaten entsprechendes System einzurichten. Das Übereinkommen dient darüber hinaus dem Zweck, dem Austausch EWO/ESA-bezogener geheimhaltungsbedürftiger Informationen zwischen den Vertragsstaaten untereinander und zwischen diesen und den Organen der EWO/ESA die völkerrechtliche Grundlage zu verleihen.

Das Übereinkommen beinhaltet insbesondere die Verpflichtung der Vertragsstaaten sicherzustellen, dass ihre jeweiligen Staatsangehörigen, die in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Zugang zu Verschlusssachen benötigen, einer angemessenen Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Dies schließt auch die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland ein, Beschäftigte deutscher Nationalität bei ESA-Organen und -Einrichtungen, die Zugang zu eingestuften Informationen CONFIDENTIAL (VS-VERTRAULICH) und höher erhalten sollen, auf Antrag des ESA-Organs einer entsprechenden Sicher–heitsüberprüfung zu unterziehen. Sicherheitsüberprüfungen stellen ihrer Natur nach einen Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung dar. Rechts–staatliche Grundsätze gebieten es daher, auch diese völkerrechtliche Verpflichtung in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Der ESA-Rat und der Generaldirektor der EWO/ESA haben die Bedeutung des Übereinkommens für die künftige Entwicklung der EWO/ESA hervorgehoben und ihr hohes Interesse an dem Inkrafttreten zum frühestmöglichen Zeitpunkt bekundet.

B. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 definiert den Begriff „geheimhaltungsbedürftige Informationen“.

Zu Artikel 2

Artikel 2 verpflichtet die EWO/ESA und die Vertragsstaaten, den Schutz ausgetauschter geheimhaltungsbedürftiger Informationen zu gewährleisten sowie das Herausgeberprinzip zu beachten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 verpflichtet die Vertragsparteien, die EWO/ESA-Geheimschutznormen anzuwenden. Diese Normen entsprechen inhaltlich den Normen, die in den Vertragsstaaten bereits innerstaatlich gelten; es sind dies in der Bundesrepublik Deutschland im Wesentlichen das Gesetz über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Bundes (Sicherheitsüberprüfungsgesetz – SÜG) sowie die Verschlusssachenanweisung für die Bundesbehörden (VS-Anweisung) bzw. das Handbuch für den Geheimschutz in der Wirtschaft (Geheimschutzhandbuch – GHB).

Zu Artikel 4

Artikel 4 behandelt die bereits unter „A. Allgemeines“ dargestellte Pflicht der Vertragsstaaten zur Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung vor der Gewährung des Zugangs eines ihrer Staatsangehörigen zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH (CONFIDENTIAL) und höher. Die aufgezeigte Zielrichtung der Sicherheitsüberprüfung entspricht dem deutschen Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Zu Artikel 5

Artikel 5 verpflichtet den Generaldirektor der EWO/ESA, die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens in den Einrichtungen der EWO/ESA sicherzustellen.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt die Verpflichtungen der Vertragsparteien im Falle des Verlustes oder der unbefugten Preisgabe geheimhaltungsbedürftiger Informationen.

Zu Artikel 7

Artikel 7 konkretisiert die einschlägigen Bestimmungen der Anlage I (Vorrechte und Immunitäten) des Übereinkommens zur Gründung der EWO/ESA vom 30. Mai 1975 (BGBl. 1976 II S. 1861) im Hinblick auf die Verpflichtungen der Vertragsstaaten, des ESA-Rates bzw. des Generaldirektors der EWO/ESA zur Aufhebung der Immunität der betroffenen Person im Falle eines Gerichtsverfahrens wegen unbefugter Preisgabe geheimhaltungsbedürftiger Informationen.

Zu Artikel 8

Artikel 8 erkennt das Bedürfnis der Vertragsparteien an, auch zweiseitige Abkommen über den Austausch von geheimhaltungsbedürftigen Informationen zu schließen, die den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens nicht berühren.

Zu Artikel 9

Artikel 9 regelt das Verfahren für Änderungen des Übereinkommens.

Zu Artikel 10 und 11

Diese Artikel enthalten die üblichen völkerrechtlichen Regelungen über Unterzeichnung, Ratifizierung und Inkrafttreten des Übereinkommens für die einzelnen Vertragsparteien.

Zu Artikel 12

Absatz 1 enthält die üblichen Kündigungsregelungen.

Absatz 2 beinhaltet die auch im Fall der Kündigung durch einen Vertragsstaat oder die Auflösung der EWO/ESA fortgeltende Verpflichtung, im Rahmen dieses Übereinkommens erhaltene geheimhaltungsbedürftige Informationen zu schützen und zu sichern.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333